

Dokument 52

[DIE ZEIT, 05.02.2009 Nr. 07](#)

»Das Schulsystem übersteht auch Regierungswechsel«

In Bremen haben CDU, FDP, Grüne und SPD einen »Schulfrieden« geschlossen. Die Bildungsministerin Renate Jürgens-Pieper (SPD) erklärt uns, was damit gemeint ist



DIE ZEIT: In Bremen haben SPD, CDU, Grüne und FDP einen sogenannten Schulfrieden geschlossen. Herrschte vorher Krieg?

Renate Jürgens-Pieper: Es gab, wie in den anderen westlichen Bundesländern, jahrzehntelang Grabenkämpfe der Parteien in der Bildungspolitik. Die einen schworen auf das dreigliedrige Schulsystem mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium, die anderen auf das gemeinsame Lernen der Kinder etwa in einer Gesamtschule. Das hat die Bildungspolitik gelähmt.

ZEIT: Inwiefern?

Jürgens-Pieper: Zum einen wurde zugunsten der Strukturdebatte die innere Entwicklung der einzelnen Schulen, das Ringen um Qualität, vernachlässigt. Zum anderen hat jeder Regierungswechsel Unruhe in die Schulen getragen, weil sie sich auf strukturelle Änderungen einstellen mussten. Die Quittung haben wir mit der Pisa-Studie bekommen.

ZEIT: Bremens Schüler schneiden im bundesweiten Vergleich am schlechtesten ab.

Jürgens-Pieper: Das stimmt leider, auch wenn wir seit der ersten Pisa-Studie beachtlich zulegen konnten.

ZEIT: Worin besteht der Bremer Schulfrieden?

Jürgens-Pieper: Ziel des »Bremer Konsenses zur Schulentwicklung«, wie er offiziell heißt, ist ein leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem. Dazu wollen wir die Schulstruktur vereinfachen. Nach der vierjährigen Grundschule gibt es nur noch zwei Schularten: das Gymnasium, das in acht Jahren zum Abitur führt, und die Oberschule, die alle Abschlüsse anbietet. In der Oberschule können leistungsstarke Kinder nach neun Jahren auch zum Abitur gelangen.

ZEIT: Sie ändern also schon wieder die Schulstruktur?

Jürgens-Pieper: Ich habe mich anfangs davor gescheut, weil ich den Schulen erst einmal Ruhe zur Entwicklung geben wollte. Aber unser Schulwesen ist so zerklüftet, dass sich Schulen gebildet haben, in denen sich alle Probleme ballen. Kinder aus sozial schwachen Familien, Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, die extreme Sprachprobleme haben. Die Lehrer an diesen Schulen haben kaum die Möglichkeit, vernünftigen Unterricht zu geben, und die Schüler werden regelrecht

abgehängt. Schulforscher haben uns dringend geraten, zu vermeiden, dass es zur Bildung solcher sogenannter Restschulen kommt. Und deswegen müssen wir noch einmal die Struktur ändern.

ZEIT: Sie tragen also noch einmal Unruhe in die Schulen.

Jürgens-Pieper: Das ist leider nicht zu vermeiden. Aber, und das ist ein wesentlicher Teil des Konsenses, dafür wird diese neue Schulstruktur zehn Jahre lang nicht verändert! Es können also mehrere Schülerjahrgänge in Ruhe die neue Schulstruktur durchlaufen, ohne bei Regierungswechseln mit Überraschungen rechnen zu müssen.

ZEIT: Die Lehrgewerkschaft GEW wirft Ihnen vor, Sie würden mit dem Zweisäulenmodell aus Gymnasium und Oberschule die Mehrgliedrigkeit des Schulwesens zementieren.

Jürgens-Pieper: Das sehe ich definitiv anders. Wer radikale Strukturveränderungen anstrebt, wird letztlich gar nichts bewegen. Mit der Oberschule entwickeln wir neben dem Gymnasium eine zweite attraktive Schulform, in der die Schüler individueller gefördert werden können und in der es keine Bildungssackgassen gibt. Die Wahl der Schulform nach der vierten Klasse entscheidet also nicht mehr so stark über das Bildungsschicksal der Kinder, wie das heute der Fall ist.

ZEIT: Aber wer die Chance hat, wird weiterhin versuchen, sein Kind aufs Gymnasium zu schicken. Auf die Oberschule geht dann der Rest.

Jürgens-Pieper: Das ist nicht ausgemacht. Ich kann mir gut vorstellen, dass viele Eltern, deren Kind reif für das Gymnasium ist, ihr Kind auf die Oberschule schicken, weil es dort ein Jahr länger Zeit bis zum Abitur hat. Wir haben doch gerade erlebt, welche Wellen die Schulzeitverkürzung unter Eltern geschlagen hat.

ZEIT: Hamburg mit seinem schwarz-grünen Senat überholt das rot-grün regierte Bremen in der Schulpolitik gerade links. Dort wird nicht nur das Zweisäulenmodell (Gymnasium und Stadtteilschule) eingeführt, sondern auch die Grundschule von vier auf sechs Jahre verlängert. Die Schüler lernen dort also länger gemeinsam. Sind Sie neidisch, wenn Sie das sehen?

Jürgens-Pieper: Ganz und gar nicht. Wenn man die Grundschulzeit verlängert, muss man in den Grundschulen mehr Schüler unterbringen, in den weiterführenden Schulen dafür weniger. Dann müssen in den fünften und sechsten Klassen auch Gymnasiallehrer unterrichten, das erschwert die Bildung von Kollegien. Die Kraft, die ein solcher Umbau schluckt, stecke ich lieber in die Fortbildung von Lehrern und in besseren Unterricht.

ZEIT: Wäre es nicht auch in Bremen besser, sich um die Verbesserung der einzelnen Schulen zu kümmern als um Strukturveränderungen?

Jürgens-Pieper: Die Vereinfachung der Schulstruktur ist ja nur ein Teil des Bremer Konsenses. Die innere Schulentwicklung ist mindestens genauso wichtig.

ZEIT: Was ist darunter zu verstehen?

Jürgens-Pieper: Die Sprachförderung, die bessere Zusammenarbeit der Kindergärten mit den Grundschulen, die Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler, um nur einige Beispiele zu nennen.

ZEIT: Ärgert es Sie manchmal, dass Bremen trotz aller Anstrengungen bei jeder Schulstudie das Schlusslicht ist?

Jürgens-Pieper: Natürlich ist das nicht angenehm. Zugleich freuen wir uns, dass wir vorn liegen, wenn es um die Verbesserungen seit der ersten Pisa-Studie geht. Und bei allem Ärger: Erst das harte Urteil durch die Pisa-Studie hat alle Parteien zur Besinnung gebracht und den Bremer Schulfrieden ermöglicht.

Die Fragen stellte **Thomas Kerstan**

DIE ZEIT, 05.02.2009 Nr. 07